

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 29/79

Berlin

19. Juli 1979

46. Jahrgang

Das Einkommen sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1978

Mit der hohen Arbeitslosigkeit der letzten Jahre und Veränderungen in der Struktur der Bevölkerung sind die Fragen der längerfristigen Finanzierung des Systems der sozialen Sicherung und damit Aspekte der Einkommensverteilung und -umverteilung verstärkt in den Blickpunkt des gesellschaftlichen Interesses gerückt. Nach wie vor wird indes die verteilungspolitische Diskussion durch Informationslücken der amtlichen Statistik erschwert¹.

Um die Transparenz der Einkommensverteilung zu erhöhen, berichtet das DIW seit längerem regelmäßig über die Einkommenslage der Haushalte von Selbständigen, Angestellten, Arbeitern und Rentnern². Im folgenden wird die Darstellung erheblich erweitert. Es wird nicht nur über die Verteilung des verfügbaren Einkommens berichtet, sondern es werden auch die primäre Einkommensverteilung und die Umverteilung der Einkommen nach sozialen Gruppen beschrieben.

Über die bisherige Differenzierung hinaus werden Haushalte von Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft, Haushalte von Beamten und Haushalte von Versorgungsempfängern des öffentlichen Dienstes getrennt ausgewiesen.

Die Berechnungen des DIW zur Einkommensverteilung und -umverteilung stützen sich – ebenso wie die bisherigen Veröffentlichungen zur Schichtung der verfügbaren Einkommen – auf drei Komplexe statistischer Information:

- makroökonomische Einkommensdaten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)³,
- Strukturdaten aus Primärstatistiken zur Einkommensverteilung (insbesondere Einkommens- und Verbrauchsstichproben, EVS),
- Daten zur Struktur der Bevölkerung und der privaten Haushalte.

Bei den Einkommensaggregaten der VGR wurden folgende Umsetzungen vorgenommen:

- Die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter (Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Verbände

¹ Vgl. Wachstum und Währung. Jahresgutachten 1978/79 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Stuttgart und Mainz (1978), S. 77. – Transfer-Enquete-Kommission: Zur Einkommenslage der Rentner. Februar 1979, S. 5 und 49 ff.

² Zuletzt: Das Einkommen sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1977. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 32 - 33/1978.

³ Hilfreich war eine Untersuchung des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der VGR, in der für frühere Jahre Einkommensangaben in sozialer Gruppierung dargestellt werden. Vgl. Hans-Wilhelm Richter / Norbert Hartmann: Nachweis der Verteilung und Verwendung der Einkommen nach Haushaltsgruppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1975. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 6/1977.

u. ä.) wurden von den privaten Haushalten getrennt⁴,

- die für die Beamten „unterstellten“ Sozialbeiträge wurden aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit herausgerechnet,
- die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit wurden vom Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abgezogen,
- die Einkommen der Personen in Anstalten wurden geschätzt und ebenfalls abgezogen.

In einer empirischen Modellrechnung wurden sodann die Strukturdaten der Primärstatistiken auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmengrößen abgestimmt, wobei verbleibende Lücken durch Schätzungen zu schließen waren.

Bevölkerung und Haushalte

Die Bundesrepublik Deutschland hatte 1978 61,3 Mill. Einwohner. Seit ihrem bisherigen Höchststand zum Jahreswechsel 1973/74 (62,1 Mill.) ist die Bevölkerungszahl rückläufig, in den letzten beiden Jahren allerdings deutlich abgeschwächt (1976: – 300 000, 1977: – 130 000, 1978: – 70 000).

Die Abschwächung des Bevölkerungsrückgangs hat sich aus einer Tendenzwende in der Wanderungsbewegung über die Grenzen des Bundesgebietes ergeben. Sind von 1974 bis 1976 noch erheblich mehr

ausländische Erwerbspersonen in ihre Heimatländer zurückgekehrt als in die Bundesrepublik zuzogen, so ist im Verlauf der konjunkturellen Belebung der Zuzug von Erwerbspersonen aus dem Ausland 1977 und 1978 nicht unerheblich gestiegen, die Abwanderung zahlenmäßig zurückgegangen. Der Wanderungssaldo ist im Durchschnitt des Jahres 1978 – erstmals seit 1974 – wieder positiv ausgefallen; dazu hat nicht zuletzt auch die anhaltende Zuwanderung von Ausländern im Zuge der Familienzusammenführung beigetragen.

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung dagegen hat nach wie vor ein negatives Vorzeichen. Die Zahl der Geburten hat sich 1978 weiter verringert, obwohl die stark besetzten Jahrgänge aus den fünfziger und den frühen sechziger Jahren inzwischen in das fortpflanzungsfähige Alter hineingewachsen sind. Im Berichtsjahr standen den 580 000 Geburten etwa 720 000 Todesfälle gegenüber, so daß sich ein natürlicher Bevölkerungsrückgang von rund 140 000 Personen ergab. Der Wanderungsgewinn hat diesen Bevölkerungsverlust immerhin zur Hälfte ausgeglichen.

⁴ Für die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter wurde unter Verwendung der Angaben in der amtlichen VGR ein eigenes Konto aufgestellt, in dem auch Übertragungen zwischen privaten Haushalten und Organisationen berücksichtigt werden. Anhaltspunkte hierfür gaben Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, die für ausgewählte Jahre veröffentlicht wurden. Vgl. Private Organisationen ohne Erwerbscharakter als Teil des Haushaltssektors in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 10/1976.

Einkommensbezieher¹⁾ in sozialer Gruppierung Jahresdurchschnitte in 1000 Personen

Jahr	Selbständige			Arbeitnehmer ²⁾				Rentner ⁴⁾ u. Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes			Insgesamt
	i. d. Land- und Forstwirtschaft	i. d. sonst. Wirtschaftsbereichen	insgesamt	Ange-stellte	Beamte 3)	Arbeiter	insgesamt	Rentner ⁴⁾	Versorg.-empfänger d. öffentlichen Dienstes	insgesamt	
1970	767	1 923	2 690	7 486	1 893	13 016	22 395	7 741	1 208	8 949	34 734
1971	736	1 924	2 660	7 708	1 939	12 952	22 599	8 062	1 215	9 277	34 536
1972	700	1 924	2 624	7 899	1 999	12 783	22 681	8 359	1 221	9 580	34 885
1973	670	1 924	2 594	8 068	2 048	12 721	22 837	8 712	1 226	9 938	35 369
1974	649	1 907	2 556	8 186	2 082	12 466	22 734	9 040	1 230	10 270	35 560
1975	645	1 869	2 514	8 262	2 120	12 078	22 460	9 361	1 231	10 592	35 566
1976	624	1 835	2 459	8 338	2 157	11 853	22 348	9 571	1 235	10 806	35 613
1977	571	1 846	2 417	8 439	2 160	11 778	22 377	9 772	1 236	11 008	35 802
1978	525	1 865	2 390	8 571	2 164	11 744	22 479	9 958	1 237	11 195	36 064

1) Inländer (Wohnortskonzept).- 2) Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose.- 3) Einschließlich Richter, ohne Versorgungsempfänger.- 4) Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen leben.

Quellen: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Herausgeber): Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1978, Berechnungen des DIW nach Ergebnissen der Volks- und Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970 und der Personalstandsstatistiken des öffentlichen Dienstes.

Private Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands

Gerundete Jahresdurchschnitte in 1000

Jahr	Selbständige			Arbeitnehmer ¹⁾				Rentner ³⁾ u. Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes			Insgesamt
	i.d. Land- und Forstwirtschaft	i.d. sonst. Wirtschaftsbereichen	insgesamt	Ange-stellte	Beamte 2)	Arbeiter	insgesamt	Rentner ³⁾	Versorg.-empfänger d. öffentlichen Dienstes	insgesamt	
1970	665	1 625	2 290	4 360	1 325	6 870	12 555	6 055	1 000	7 055	21 900
1971	640	1 625	2 265	4 455	1 350	6 925	12 730	6 260	1 005	7 265	22 260
1972	610	1 625	2 235	4 550	1 390	6 840	12 780	6 475	1 010	7 485	22 500
1973	585	1 625	2 210	4 615	1 415	6 800	12 830	6 685	1 010	7 695	22 735
1974	565	1 615	2 189	4 655	1 435	6 660	12 750	6 915	1 015	7 930	22 860
1975	560	1 585	2 145	4 705	1 465	6 440	12 610	7 150	1 015	8 165	22 920
1976	545	1 555	2 100	4 715	1 485	6 335	12 535	7 285	1 015	8 300	22 935
1977	495	1 570	2 065	4 740	1 485	6 300	12 525	7 420	1 015	8 435	23 025
1978	455	1 590	2 045	4 800	1 485	6 295	12 580	7 560	1 015	8 575	23 200

1) Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose.- 2) Einschließlich Richter, ohne Versorgungsempfänger.- 3) Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen leben.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung liegt seit mehreren Jahren nahezu unverändert bei 42,6 vH. In der Struktur der Erwerbspersonen hat es allerdings ständig Veränderungen gegeben. Die Zahl der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft ist nach wie vor rückläufig; die Zahl der Selbständigen in den übrigen Wirtschaftsbereichen, die ebenfalls seit langem abnehmende Tendenz zeigt, hat sich aber in den beiden letzten Jahren leicht erhöht. Gestiegen ist vor allem die Zahl der Selbständigen im Bereich der Dienstleistungen und freien Berufe. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer hat 1978 — wie schon im Vorjahr — etwas zugenommen, die der Arbeitslosen ist im Jahresdurchschnitt erstmals seit 1974 — allerdings nur geringfügig — unter die Millionengrenze gesunken.

Der Anteil der Einkommensbezieher an der Wohnbevölkerung ist 1978 weiter gestiegen (58,8 vH; 1977: 58,3 vH). Diese Entwicklung bedeutet keinen Widerspruch zur Stagnation der Erwerbsquote, denn zu den Einkommensbeziehern werden ja nicht nur Selbständige und Arbeitnehmer, sondern auch Rentner und Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes gezählt.

59,9 Mill. Personen wohnten 1978 in 23,2 Mill. privaten Haushalten, die übrigen 1,4 Mill. Personen in Heimen, Kasernen und anderen Gemeinschaftsunterkünften. Die Zahl der privaten Haushalte hat gegenüber dem Vorjahr erneut leicht zugenommen, obwohl die Bevölkerungszahl rückläufig war. Damit hat sich die durchschnittliche Haushaltsgröße (1978: knapp 2,6 Personen) weiter verringert.

Gestiegen ist vor allem die Zahl allein lebender Personen — sie machte 1978 fast drei Zehntel aller privaten Haushalte aus. Hier waren verwitwete Rentnerinnen besonders häufig vertreten. Von den Mehrpersonenhaushalten hatte fast die Hälfte mehrere Einkommensbezieher, bei Arbeiterhaushalten lag dieser Anteil über 50 vH.

Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen

Die Bruttolohn- und -gehaltsumme betrug 1978 reichlich 579 Mrd. DM, das waren 5,9 vH mehr als im Vorjahr. Je beschäftigten Arbeitnehmer errechnete sich ein durchschnittlicher Monatsbetrag von rund 2 250 DM und eine Zunahme im Vorjahresvergleich von 5,2 vH. 1976 und 1977 waren die Durchschnittsverdienste jeweils um 7 vH gestiegen. Aufgestockt wird die Bruttolohn- und -gehaltsumme noch durch Sozialbeiträge der Arbeitgeber, die sich 1978 auf 94,5 Mrd. DM beliefen.

An Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen waren den privaten Haushalten im Berichtsjahr 263 Mrd. DM zuzurechnen, ebenso wie bei der Bruttolohn- und -gehaltsumme 5,9 vH mehr als 1977. Die Entnahmen (1978: 208 Mrd. DM) sind mit +4,8 vH schwächer gestiegen als die Einkommen aus Geldvermögen (1978: 55 Mrd. DM), die nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gegenüber 1977 um 10 vH zunahmen.

Von 1970 bis 1978 haben sich die Bruttoeinkommen der privaten Haushalte aus Erwerbstätigkeit fast verdoppelt, ihre Vermögenseinkommen waren im Berichtsjahr knapp zweieinhalbmal so hoch wie 1970.

Einkommensverteilung und -umverteilung der privaten Haushalte¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Bruttoerwerbs-u.-vermögenseinkommen			Empfangene laufende Übertragungen			Bruttoeinkommen	Geleistete laufende Übertragungen				Verfügbares Einkommen
	Bruttoeink. aus unselbständiger Arbeit 2)	Bruttoeink. aus Untertätigkeit u. Vermögen 3)	insgesamt	Soziale Leistungen	Sonstige Übertragungen 4)	insgesamt		Direkte Steuern	Sozialbeiträge 2)	Sonstige Übertragungen 5)	insgesamt	
1970	344,5	137,1	481,6	89,5	2,5	92,0	573,6	60,4	76,0	11,3	147,7	425,9
1971	389,6	152,9	542,5	100,1	2,9	103,0	645,5	73,5	86,8	13,7	174,0	471,5
1972	427,8	174,2	602,0	113,5	3,2	116,7	718,7	79,2	99,6	15,5	194,3	524,4
1973	484,9	193,2	678,1	126,9	3,7	130,6	808,7	100,2	117,9	18,7	236,8	571,9
1974	531,1	202,7	733,8	145,9	4,3	150,2	884,0	113,2	130,5	19,9	263,6	620,4
1975	552,8	215,0	767,8	179,5	4,7	184,2	952,0	109,4	142,7	19,1	271,2	680,8
1976	593,0	236,0	829,0	192,6	5,3	197,9	1 026,9	125,2	161,1	19,5	305,8	721,1
1977	635,9	248,6	884,5	206,1	5,8	211,9	1 096,4	140,1	172,8	20,4	333,3	763,1
1978	673,8	263,2	937,0	218,2	6,4	224,6	1 161,6	142,2	185,3	21,6	349,1	812,5

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.- 2) Ohne unterstellte Sozialbeiträge.- 3) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.- 4) Laufende Übertragungen des Staates an private Organisationen ohne Erwerbscharakter und internationale private Übertragungen.- 5) Zinsen auf Konsumentenschulden, Verwaltungsgebühren, Erstattungen von Sozialleistungen, Strafen u.ä., Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, Saldo der sozialen Leistungen und der unterstellten Sozialbeiträge der privaten Haushalte als Arbeitgeber (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter und Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit), Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmer und übrige internationale private Übertragungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1977 und 1978 Vorbericht.

Soziale Leistungen

An sozialen Leistungen⁵ erhielten die privaten Haushalte 1978 insgesamt 218 Mrd. DM, davon mehr als neun Zehntel vom Staat. Mit 114 Mrd. DM machten die Geldleistungen der Rentenversicherung die Hälfte aller sozialen Leistungen aus. Gegenüber dem Vorjahr haben die Rentenzahlungen – schwächer als in früheren Jahren – nur um 5,9 vH zugenommen, denn nach der Rentenerhöhung vom Juli 1977 hat es 1978 keine Anpassung der Altersruhegelder an die Entwicklung der Erwerbseinkommen gegeben; sie wurde auf den Jahresanfang 1979 verschoben. Die Summe der vom Staat und von öffentlichen Unternehmen geleisteten Pensionen (30 Mrd. DM) ist 1978 um 4,8 vH gestiegen. Diese im Vergleich zur Summe der Altersrenten geringe Zunahme erklärt sich damit, daß die jährliche Erhöhung der Pensionen jeweils an die Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst gekoppelt ist; diese fiel 1978 weniger stark aus als in früheren Jahren.

Als Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld wurden im Berichtsjahr bei anhaltend hoher Beschäftigungslosigkeit 7 Mrd. DM gezahlt, als Umschulungsbeihilfen, Schlechtwetter-, Winter- oder Konkursausfallgeld erhielten die privaten Haushalte 3,5 Mrd. DM. Infolge längerer Arbeitslosigkeit ist für zahlreiche Personen der Anspruch auf das nur für begrenzte Zeit gewährte Arbeitslosengeld inzwischen erloschen, so daß sie auf die in geringerer Höhe gezahlte Arbeitslosenhilfe angewiesen sind; hierfür wurden 1978 knapp 2 Mrd. DM aufgewendet. Die Geldleistungen der Sozialhilfe an private Haushalte betragen im vergangenen Jahr etwas über 4 Mrd. DM.

Die Kindergeldzahlungen⁶ machten 1978 rund 15 Mrd. DM aus. Das waren 8 vH mehr als im Vorjahr; die Kindergeldsätze für Haushalte mit mehreren Kindern sind Anfang 1978 angehoben worden. Erhöht wurden auch die Einkommensgrenzen für einen Anspruch auf Wohngeld sowie die wohngeldfähigen Mietwerte, so daß die Wohngeldzahlungen an private Haushalte (1978: 2 Mrd. DM) gegenüber dem Vorjahr kräftig – um mehr als 20 vH – gestiegen sind. Gesetzliche Verbesserungen haben sich schließlich bei der Ausbildungsförderung von Schülern und Studenten ausgewirkt, für die der Staat im Berichtsjahr rund 3 Mrd. DM aufgewendet hat.

Die Geldleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung an die privaten Haushalte sind 1978 stärker gestiegen als in den beiden Vorjahren; damals hatte sich im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen die Zunahme der Krankenversicherungsleistungen vorübergehend verlangsamt. Die Geldleistungen der gesetzlichen Unfall-

⁵ Als soziale Leistungen werden hier laufende Geldleistungen verstanden, die bei Vorliegen bestimmter sozialer Tatbestände (Alter, Arbeitslosigkeit, Familienlasten, Arbeitsunfall, Invalidität, Ausbildung, hohe Mietlasten u. ä.) gezahlt werden, für die keine spezielle Gegenleistung erbracht wird und das entsprechende soziale Risiko durch kollektive Vorsorge gedeckt ist. Sachleistungen und Steuervergünstigungen werden nicht einbezogen.

⁶ Nur Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes erhalten außerdem erhöhte Ortszuschläge, wenn sie Kinder haben. Diese zusätzlichen Leistungen, die sich 1978 nach Angaben des Sozialberichts auf 4 Mrd. DM beliefen, sind in den hier ausgewiesenen Kindergeldzahlungen nicht enthalten.

**Soziale Leistungen an private Haushalte
in Mrd. DM**

Jahr	Geldleistungen der Rentenversicherung 1)	Öffentliche Pensionen 2)	Geldleistungen d. Arbeitslosenversicherung 3) und d. Sozialhilfe	Gesetzliches Kindergeld 4)	Kriegsfolgeleistungen 5)	Geldleistungen der gesetzlichen Krankenvers.	Geldleistungen der gesetzl. Unfallversicherung	Sonstige soziale Leistungen 6)	Insgesamt
1970	45,4	15,3	4,4	2,8	8,1	3,9	3,0	6,6	89,5
1971	49,1	17,7	5,6	3,2	8,6	4,6	3,2	8,1	100,1
1972	56,8	19,1	6,4	3,2	8,8	5,2	3,5	10,5	113,5
1973	64,5	21,3	7,8	3,1	9,0	5,8	4,0	11,4	126,9
1974	74,9	23,9	10,9	3,0	9,9	6,0	4,3	13,0	145,9
1975	85,2	25,8	17,5	14,3	10,7	6,5	4,9	14,6	179,5
1976	96,5	27,2	16,0	14,0	11,4	6,7	5,4	15,4	192,6
1977	107,6	28,9	15,1	13,8	12,0	6,9	5,7	16,1	206,1
1978	114,0	30,3	16,2	14,9	12,2	7,3	6,0	17,3	218,2

1) Rentenversicherung der Angestellten und der Arbeiter, knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst, landwirtschaftliche Alterskassen.- 2) Öffentliche Pensionen vom Staat, von öffentlichen Unternehmen und von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter.- 3) Einschließlich Arbeitslosenhilfe.- 4) Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz, ohne Kinderzuschläge (bis 1974) und ohne Erhöhung der Ortszuschläge für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mit Kindern.- 5) Versorgung der Kriegsoffer, Kriegsschadenrenten und sonstige Geldleistungen im Rahmen des Lastenausgleichs, laufende Wiedergutmachungsleistungen, Kriegsgefangenen- und Häftlingsentschädigungen u.ä.- 6) Ausbildungsbeihilfen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, Stipendien u.ä., Beihilfen und Unterstützungen im öffentlichen Dienst, Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz u.a.m., soziale Leistungen (ohne öffentliche Pensionen) von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und von der übrigen Welt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber) Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1977 und 1978 Vorbericht.

versicherung haben 1978 (ebenso wie 1977) schwächer expandiert als früher; die Durchschnittsrenten der Unfallversicherung wurden in vergleichsweise geringem Umfang erhöht, die Zahl der Unfallrentner ging — wie schon seit Mitte der siebziger Jahre — zurück. Geldleistungen zur Versorgung der Kriegsoffer, Kriegsschadenrenten und sonstige Kriegsfolgeleistungen haben mit ständig kleiner werdendem Kreis von Versorgungsberechtigten relativ an Bedeutung verloren; sie beliefen sich 1978 immerhin auf 12 Mrd. DM gegenüber 8 Mrd. DM im Jahr 1970.

An sozialen Leistungen von Unternehmen erhielten die privaten Haushalte im vergangenen Jahr rund 9,5 Mrd. DM⁷, 6,3 vH mehr als 1977. Bei diesen Übertragungen handelte es sich um betriebliche Pensionen an frühere Arbeitnehmer und deren Hinterbliebene, Leistungen aufgrund von Lebensversicherungen, die Unternehmen zugunsten ihrer Arbeitnehmer abgeschlossen haben, Versorgungsleistungen berufsständischer Selbstverwaltungen an Angehörige freier Berufe (Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte u. ä.).

Insgesamt waren die sozialen Leistungen 1978 nahezu zweieinhalbfach so hoch wie 1970. Die Kindergeldzahlungen allein sind von 1970 bis 1978 auf mehr als das Fünffache gestiegen⁸. Doch auch die unbefriedigende Entwicklung am Arbeitsmarkt hat sich in der Zunahme der sozialen Leistungen niedergeschlagen: Die Geldleistungen an Arbeitslose fielen im ver-

gangenen Jahr mehr als viermal so hoch aus wie 1970. Am gesamten Bruttoeinkommen der privaten Haushalte haben die sozialen Leistungen seit Mitte der siebziger Jahre einen konstanten Anteil von knapp einem Fünftel; vor der Kindergeldreform hatte diese Quote zwischen 15 und 16 vH gelegen.

Direkte Steuern

Aus ihren Erwerbs- und Vermögenseinkommen haben die privaten Haushalte 1978 rund 135 Mrd. DM an direkten Steuern⁹ gezahlt; hinzu kamen 3 Mrd. DM an Lohnsteuer auf öffentliche Pensionen. Die Zunahme der Lohnsteuer war 1978 mit 2 vH erheblich geringer als die der Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Zu Anfang des Berichtsjahres sind steuerliche Entlastungsmaßnahmen — die Anhebung der Vorsorgepauschale und des Grundfreibetrages sowie die Einführung eines Tariffreibetrages — in Kraft getreten, die sich sowohl bei der Lohnsteuer als auch, über ver-

⁷ Ohne Pensionen von öffentlichen Unternehmen, die in den Pensionszahlungen enthalten sind.

⁸ Der Zuwachs fällt allerdings wesentlich schwächer aus, wenn man die bis 1974 in den Löhnen und Gehältern enthaltenen Kinderzuschläge für Angehörige des öffentlichen Dienstes (1974: 5 Mrd. DM) berücksichtigt.

⁹ Vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage von der Lohnsteuer und der Investitionszulage von der veranlagten Einkommensteuer.

Direkte Steuern der privaten Haushalte¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Lohnsteuer 2) 3)			Direkte Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen			Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch			Insgesamt
	Lohnsteuer d. Arbeitnehmer	Lohnsteuer auf Pensionen	insgesamt	Veranlagte Einkommensteuer 2)4)	Sonstige Steuern 5)	insgesamt	Kraftfahrzeugsteuer 6)	Sonstige Steuern 7)	insgesamt	
1970	34,7	1,2	35,9	18,1	4,3	22,4	2,1	0,0	2,1	60,4
1971	43,6	1,6	45,2	21,3	4,7	26,0	2,3	0,0	2,3	73,5
1972	45,9	1,6	47,5	26,6	2,5	29,1	2,5	0,1	2,6	79,2
1973	59,1	2,2	61,3	31,1	5,1	36,2	2,6	0,1	2,7	100,2
1974	69,1	2,8	71,9	32,1	6,4	38,5	2,7	0,1	2,8	113,2
1975	67,1	2,3	69,4	33,4	3,7	37,1	2,8	0,1	2,9	109,4
1976	77,5	2,7	80,2	38,0	3,9	41,9	3,0	0,1	3,1	125,2
1977	85,8	3,1	88,9	42,7	5,2	47,9	3,1	0,2	3,3	140,1
1978	86,5	3,2	89,7	44,3	4,7	49,0	3,3	0,2	3,5	142,2

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.- 2) Einschließlich des rückzahlbaren Konjunkturzuschlags (1970 und 1971), nach Erstattung des Konjunkturzuschlags (1972), einschließlich Stabilitätzuschlag (1973 und 1974).- 3) Vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage (ab 1971).- 4) Einschließlich Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer, vor Abzug der Investitionszulage.- 5) Von privaten Haushalten gezahlte nichtveranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer und laufende Lastenausgleichs-abgaben.- 6) Soweit von privaten Haushalten gezahlt 7) Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer u.ä.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1977 und 1978 Vorbericht, Berechnungen des DIW nach Steuerstatistiken.

änderte Vorauszahlungen, bei der veranlagten Einkommensteuer auswirkten.

Eine spürbare Entlastung für die privaten Haushalte hatte es zuletzt durch die Steuerreform von 1974 gegeben. Danach war die Steuerquote aufgrund der Progression des Einkommensteuertarifs im Zuge der allgemeinen Einkommensexpansion innerhalb weniger Jahre bis 1977 auf den bisher höchsten Stand von 16,6 vH gestiegen. Durch die steuerlichen Entlastungsmaßnahmen, die 1978 wirksam wurden, ist sie auf knapp 16 vH zurückgeführt worden.

Mit 86,5 Mrd. DM entfiel auf die Lohnsteuer der Arbeitnehmer¹⁰ im vergangenen Jahr etwa ein Fünftel aller direkten Steuern der privaten Haushalte. An der Bruttolohn- und -gehaltsumme hatte sie einen Anteil von 15 vH (1970: 11 vH). Vom Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wurden 1978 rund 49 Mrd. DM an direkten Steuern gezahlt. Die Steuerbelastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen betrug 1978 knapp 19 vH (1970: 16 vH).

Im Zusammenhang mit der Einkommensverwendung haben die privaten Haushalte im vergangenen Jahr schließlich weitere 3,5 Mrd. DM an direkten Steuern gezahlt — den größten Teil davon als Kraftfahrzeugsteuer.

Sozialbeiträge

Die Sozialbeiträge der privaten Haushalte beliefen sich 1978 auf rund 185 Mrd. DM¹¹; davon wurden

173 Mrd. DM vom Einkommen aus unselbständiger Arbeit geleistet, reichlich die Hälfte als Beiträge der Arbeitgeber. In voller Höhe von den Arbeitgebern getragen werden die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung und zur Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst, in der knappschaftlichen Rentenversicherung sind es etwa zwei Drittel. In den übrigen Zweigen der Sozialversicherung verteilen sich die Beiträge zu gleichen Teilen auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer. In der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sind zum Jahresanfang 1978 die Beitragsbemessungsgrenzen angehoben worden; die vom Einkommen aus unselbständiger Arbeit gezahlten Sozialbeiträge sind im Berichtsjahr etwas stärker gestiegen als die Lohn- und Gehaltsumme.

Der größte Teil der Sozialbeiträge ist an die Träger der Rentenversicherung geflossen — 1978 war es reichlich die Hälfte. Allerdings ist dieser Anteil tendenziell rückläufig, weil Beiträge an andere Träger der sozialen Sicherung an Bedeutung gewonnen haben. Besonders stark sind in den siebziger Jahren die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gestiegen; hier ist

¹⁰ Ohne Lohnsteuer auf Pensionen und ohne Erstattungsbeträge von überzahlter Lohnsteuer aus dem Einkommensteueraufkommen, die nach Angaben des Bundesfinanzministeriums 1978 rund 6 Mrd. DM betragen.

¹¹ Nur tatsächliche Sozialbeiträge und ohne Beitragsnachentrichtungen an die Sozialversicherung aufgrund des Rentenreformgesetzes von 1972, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Vermögensübertragungen der privaten Haushalte an den Staat verbucht werden.

**Sozialbeiträge¹⁾ der privaten Haushalte
in Mrd. DM**

Jahr	Sozialbeiträge nach Beitragszahlern				Sozialbeiträge nach Beitragsempfängern					Insgesamt
	Arbeitgeberbeiträge 1)	Arbeitnehmerbeiträge	Pflichtbeiträge d. Selbständigen	Freiw. Beiträge der Selbst., Hausfrauen u.ä.	Rentenversicherung 2)	Gesetzliche Krankenversicherung	Arbeitslosenversicherung	Gesetzliche Unfallversicherung	Selbständige Pensionskassen 3)	
1970	38,1	33,3	1,7	2,9	46,2	19,8	3,2	4,5	2,3	76,0
1971	44,6	37,2	1,8	3,2	52,6	23,2	3,6	4,8	2,6	86,8
1972	51,6	42,1	2,2	3,7	58,6	26,7	5,8	5,4	3,1	99,6
1973	61,1	49,8	2,8	4,2	69,2	32,6	6,8	6,0	3,3	117,9
1974	67,5	54,7	3,2	5,1	75,9	36,6	7,4	6,7	3,9	130,5
1975	73,2	60,1	3,7	5,7	79,3	42,5	9,1	7,4	4,4	142,7
1976	82,3	67,8	4,1	6,9	85,0	49,4	13,9	8,1	4,7	161,1
1977	88,8	73,4	4,4	6,2	90,7	53,7	14,8	8,6	5,0	172,8
1978	94,5	78,3	4,7	7,8	97,3	57,6	15,8	9,3	5,3	185,3

1) Ohne unterstellte Sozialbeiträge.- 2) Rentenversicherung der Angestellten und der Arbeiter, knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst, landwirtschaftliche Alterskassen.- 3) Einschließlich sonstiger Versicherungsunternehmen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1977 und 1978 Vorbericht, Berechnungen des DIW.

neben der jährlichen Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze mehrmals der Beitragssatz angehoben worden.

Auf knapp 5 Mrd. DM beliefen sich die Pflichtbeiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung, die vor allem an die gesetzliche Unfallversicherung, an landwirtschaftliche Alterskassen und an selbständige Pensionskassen gezahlt wurden. Als freiwillige Beiträge von Selbständigen, Hausfrauen u. ä. wurden 8 Mrd. DM an die Versicherungsträger abgeführt. Zwei Drittel davon flossen an die gesetzliche Krankenversicherung; die freiwilligen Beiträge zur Rentenversicherung der Angestellten und der Arbeiter, die 1977 auf 1 Mrd. DM zurückgegangen waren, betragen 1978 wieder 2 Mrd. DM.

Insgesamt sind die Sozialbeiträge der privaten Haushalte im laufenden Jahrzehnt im gleichen Tempo gestiegen wie die sozialen Leistungen. Der Anteil der Sozialbeiträge am Einkommen aus unselbständiger Arbeit hat sich dabei von 20,7 vH (1970) auf 25,6 vH (1978) erhöht.

Sonstige laufende Übertragungen

Hier stehen die Geldleistungen privater Haushalte an private Organisationen ohne Erwerbscharakter an erster Stelle¹². Als Kirchensteuern und Kirchgeld wurden 1978 rund 8 Mrd. DM gezahlt, als Mitgliedsbeiträge und Spenden für politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine usw. schätzungsweise 3 Mrd. DM.

Von Bedeutung sind ferner die Zinsen auf Konsumtenschulden (1978: 8 Mrd. DM), die Heimatüber-

weisungen ausländischer Arbeitnehmer (6 Mrd. DM) sowie Verwaltungsgebühren, Erstattungen von Sozialleistungen, Strafen und ähnliche Übertragungen der privaten Haushalte an den Staat (4 Mrd. DM).

**Einkommensverteilung und -umverteilung
in sozialer Gruppierung**

Bevor die Einkommensverteilung auf soziale Gruppen in privaten Haushalten und die Umverteilung dargestellt wird, sind die Personen in Anstalten auszugliedern. Den in Heimen und sonstigen Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen waren für 1978 Erwerbs- und Vermögenseinkommen in Höhe von rund 16 Mrd. DM sowie soziale Leistungen von 6 Mrd. DM zuzurechnen. Nach Abzug von direkten Steuern und Sozialbeiträgen verblieb den Anstaltsbewohnern 1978 ein verfügbares Einkommen von 16,5 Mrd. DM.

Die Personen in privaten Haushalten erzielten 1978 Erwerbs- und Vermögenseinkommen in Höhe von 918,5 Mrd. DM, 5,9 vH mehr als 1977. Auf die sozialen Gruppen, deren Haushaltsvorstand im Erwerbsleben steht, entfallen jeweils spezifische Haupteinkommensarten: Haushalte von Arbeitnehmern bestreiten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Löhnen und Gehältern, Haushalte von Selbständigen beziehen in der

¹² Demgegenüber sind die Übertragungen der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter an private Haushalte (Streikunterstützungen, Beihilfen bei Arbeitsunfähigkeit, Sterbefällen u. ä., Geldleistungen der Kirchen, Wohlfahrtsverbände usw.) nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von geringer Bedeutung.

Einkommensverteilung und -umverteilung
in Mrd. DM

Soziale Stellung des Haushaltsvorstands	Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen 4)	Soziale Leistungen 5)							Bruttoeinkommen
		Geldleistungen d. Rentenversicherung 6)	Öffentliche Pensionen 7)	Geldleist. d. Arbeitslosenversicher. 8) u. d. Sozialhilfe	Gesetzliches Kindergeld 9)	Kriegsfolgeleistungen 10)	Sonstige soziale Leistungen 11)	insgesamt	
<u>1 9 7 0</u>									
Selbständige in der Land- u. Forstwirtschaft	20,4	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,2	0,7	21,1
Selbständige in den sonst. Wirtschaftsbereichen	95,4	0,5	0,1	0,1	0,3	0,1	0,5	1,6	97,0
Angestellte	124,2	1,1	0,3	1,0	0,8	0,6	2,6	6,4	130,6
Beamte 2)	34,7	0,3	0,1	0,2	0,1	0,1	0,5	1,3	36,0
Arbeiter	170,2	2,7	0,5	1,9	1,2	1,6	5,6	13,5	183,7
Rentner 3)	21,9	39,0	0,9	0,9	0,3	4,7	4,0	49,8	71,7
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes	2,7	0,6	12,7	0,1	0,0	0,9	0,2	14,5	17,2
I n s g e s a m t	469,5	44,4	14,7	4,3	2,8	8,0	13,6	87,8	557,3
<u>1 9 7 8</u>									
Selbständige in der Land- u. Forstwirtschaft	26,8	0,3	0,1	0,3	0,6	0,0	0,4	1,7	28,5
Selbständige in den sonst. Wirtschaftsbereichen	200,2	1,1	0,2	0,3	1,7	0,1	0,7	4,1	204,3
Angestellte	271,1	2,4	0,7	3,8	4,2	0,8	5,9	17,8	288,9
Beamte 2)	70,7	0,7	0,2	0,7	0,4	0,2	1,0	3,2	73,9
Arbeiter	302,4	5,2	1,3	6,8	6,4	2,5	13,3	35,5	337,9
Rentner 3)	43,0	99,0	2,9	3,7	1,4	7,2	8,8	123,0	166,0
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes	4,3	1,1	23,8	0,4	0,1	1,2	0,6	27,2	31,5
I n s g e s a m t	918,5	109,8	29,2	16,0	14,8	12,0	30,7	212,5	1 131,0

1) Ohne Personen in Anstalten.- 2) Einschließlich Richter, ohne Versorgungsempfänger.- 3) Einschließlich sonstiger nommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.- 4) Einschließlich Übertragungen von privaten Organisationsunternehmen und der Arbeiter, knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst, landwirtschaftlichen ohne Erwerbscharakter.- 5) Einschließlich Arbeitslosenhilfe.- 6) Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz, 10) Versorgung der Kriegsoffer, Kriegsschadenrenten und sonstige Geldleistungen im Rahmen des Lastenausgleichs, laufende Kranken- und Unfallversicherung, Ausbildungsbeihilfen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, Stipendien u.ä., Leistungen (ohne öffentliche Pensionen) von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und von der private Übertragungen.- 12) Vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage.- 13) Vor Abzug der Investitionszulage.- 14) Von Kraftfahrzeugsteuer (soweit von privaten Haushalten gezahlt), Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer u.ä.- 15) Ohne unter und sonstigen Versicherungsunternehmen.- 17) Zinsen auf Konsumentenschulden, Verwaltungsgebühren, Erstattungen von Übertragungen an private Organisationen ohne Erwerbscharakter, Saldo der sozialen Leistungen und der unterstellten Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmer und sonstige geleistete internationale private Übertragungen.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Hauptsache Gewinneinkommen. In zahlreichen Haushalten treffen allerdings mehrere Einkommensarten zusammen: Nicht selten gehören die Einkommensbezieher eines Haushalts verschiedenen sozialen Gruppen an, auch bezieht der Haushaltsvorstand neben seinem Haupteinkommen oft noch Einkünfte aus anderen Quellen. Typische Nebeneinkommen sind die Vermögenserträge, an denen alle sozialen Gruppen in nennenswertem Umfang beteiligt sind¹³.

**Empfangene Übertragungen
privater Haushalte**

An sozialen Leistungen erhielten die Personen in privaten Haushalten 1978 212,5 Mrd. DM, 5,8 vH mehr

¹³ Vgl. Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1978. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 19/1979.

in sozialer Gruppierung!) 1970 und 1978

Direkte Steuern				Sozialbeiträge ¹⁵⁾					Sonstige geleistete laufende Übertragungen 17)	Verfügbares Einkommen
Lohnsteuer 12)	Veranlagte Einkommensteuer 13)	Sonstige direkte Steuern 14)	insgesamt	Rentenversicherung 6)	Gesetzl. Krankenversicherung	Arbeitslosenversicherung	Sonstige Sozialbeiträge 16)	insgesamt		
0,3	0,3	0,1	0,7	0,6	0,4	0,0	0,4	1,4	0,4	18,6
1,0	15,1	3,8	19,9	1,4	1,0	0,1	1,6	4,1	2,3	70,7
12,3	1,1	0,9	14,3	16,3	5,4	1,0	1,7	24,4	3,2	88,7
3,4	0,4	0,5	4,3	1,1	0,7	0,1	0,1	2,0	1,1	28,6
15,9	0,8	0,6	17,3	22,9	10,3	1,5	2,6	37,3	7,8	121,3
1,2	0,3	0,3	1,8	2,3	1,2	0,2	0,2	3,9	1,5	64,5
1,2	0,1	0,2	1,5	0,2	0,2	0,0	0,0	0,4	0,3	15,0
35,3	18,1	6,4	59,8	44,8	19,2	2,9	6,6	73,5	16,6	407,4
0,3	0,3	0,1	0,7	0,9	1,0	0,2	0,9	3,0	0,6	24,2
2,7	39,4	3,8	45,9	2,7	2,8	0,4	3,3	9,2	4,1	145,1
34,9	2,3	1,5	38,7	38,4	17,8	5,8	4,2	66,2	6,8	177,2
10,0	0,7	0,7	11,4	2,7	2,4	0,5	0,2	5,8	2,1	54,6
35,9	1,0	1,2	38,1	45,1	28,5	7,6	5,2	86,4	13,6	199,8
1,9	0,5	0,6	3,0	4,6	3,6	1,0	0,5	9,7	3,5	149,8
2,5	0,1	0,3	2,9	0,4	0,4	0,0	0,0	0,8	0,5	27,3
88,2	44,3	8,2	140,7	94,8	56,5	15,5	14,3	181,1	31,2	778,0

Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen leben.- 4) Ohne unterstellte Sozialbeiträge und ohne nichtentlohnungen ohne Erwerbscharakter und empfangene internationaler privater Übertragungen.- 6) Rentenversicherung der schaftliche Alterskassen.- 7) Öffentliche Pensionen vom Staat, von öffentlichen Unternehmen und von privaten Organisationen ohne Kinderzuschläge (1970) und ohne Erhöhung der Ortszuschläge für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mit Kindern.- Wiedergutmachungsleistungen, Kriegs-efangenen- und Häftlingsentschädigungen u.ä.- 11) Geldleistungen der gesetzlichen Beihilfen und Unterstützungen im öffentlichen Dienst, Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz u.a.m., soziale übrigen Welt, sonstige Übertragungen von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und empfangene internationale privaten Haushalten gezahlte nichtveranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer und laufende Lastenausgleichsabgaben, stellte Sozialbeiträge.- 16) Sozialbeiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung sowie zu selbständigen Pensionskassen Sozialleistungen, Strafen u.ä., Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, Sozialbeiträge der privaten Haushalte als Arbeitgeber (einschließlich Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit),

als 1977. Sieben Zehntel davon entfielen auf Haushalte von Rentnern und Versorgungsempfängern des öffentlichen Dienstes. Im Durchschnitt erhielten die Haushalte von Pensionären Versorgungsleistungen, die die Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung – je Rentner-Haushalt – nicht unerheblich überschritten. Dies hat mehrere Gründe: Einmal sind die Durchschnittseinkommen von Beamten aus strukturellen Gründen höher als die der anderen Arbeitnehmer;

diese Durchschnittseinkommen bilden die Grundlage für Ruhegehalts- und Rentenberechnungen. Hinzu kommt, daß Beamtenpensionäre bereits nach einem Erwerbsleben von 35 Jahren 75 vH ihres früheren Gehalts als Altersruhegeld bekommen, während Sozialrentner diese Quote auch bei wesentlich längerer Erwerbstätigkeit zumeist nicht erreichen. Frühere Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst erhalten jedoch eine Gesamtversorgung, die sich aus Leistun-

**Anteil der direkten Steuern und der Sozialbeiträge¹⁾ an den Erwerbs- und Vermögenseinkommen²⁾
sozialer Gruppen 1970 und 1978
in vH**

Soziale Stellung des Haushaltsvorstands	Direkte Steuern ³⁾		Sozialbeiträge ¹⁾		Insgesamt	
	1970	1978	1970	1978	1970	1978
Selbständige in der Land- und Forstwirtschaft	3,4	2,6	6,9	11,2	10,3	13,8
Selbständige in den sonstigen Wirtschaftsbereichen	20,8	22,9	4,4	4,7	25,2	27,6
Angestellte	11,5	14,2	19,6	24,2	31,1	38,4
Beamte ⁴⁾	12,4	16,1	5,7	8,1	18,1	24,2
Arbeiter	10,1	12,5	21,8	28,3	31,9	40,8
Rentner ⁵⁾	7,9	6,5	17,8	22,6	25,7	29,1
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes	9,7	10,3	14,8	18,6	24,5	28,9
Insgesamt	12,4	14,8	15,7	19,7	28,1	34,5

1) Ohne unterstellte Sozialbeiträge.- 2) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.- 3) Einschließlich Lohnsteuer auf Pensionen.- 4) Einschließlich Richter, ohne Versorgungsempfänger.- 5) Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen leben.
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

gen der Renten- und der Zusatzversicherung zusammensetzt und die der Beamtenversorgung im großen und ganzen entspricht.

Transferleistungen aus dem System der sozialen Sicherung kommen auch den übrigen Gruppen zugute. Reichlich ein Viertel der sozialen Leistungen floß 1978 an Haushalte von Arbeitnehmern. Dazu gehören Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung, Kinder- und Wohngeld, Beihilfen und Unterstützungen im öffentlichen Dienst sowie Berufsunfähigkeitsrenten, aber auch Witwenrenten an erwerbstätige Frauen und sämtliche übrigen Renten an Personen, die in Haushalten mit einem erwerbstätigen Haushaltsvorstand leben. Bei den Arbeiter-Haushalten machten die empfangenen Übertragungen mehr als ein Zehntel ihres Bruttoeinkommens, über ein Sechstel ihres verfügbaren Einkommens aus.

Geleistete Übertragungen privater Haushalte

Die von den sozialen Gruppen gezahlten direkten Steuern betragen 1978 insgesamt 141 Mrd. DM. In der steuerlichen Belastung der einzelnen Gruppen gibt es deutliche Unterschiede. Aufgrund ihrer vergleichsweise hohen Einkünfte, mit denen sie in der Regel weit in die Progressionszone des Einkommensteuertarifs hineinreichen, entfällt auf die Haushaltseinkommen von Selbständigen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft ein relativ hoher Steueranteil; 1978 betrug er 23 vH. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß selbständige Steuerpflichtige in größerem Maße als andere Höhe und Zeitpunkt ihrer Steuer-

zahlungen beeinflussen können. Diese Möglichkeiten erklären zumindest teilweise, daß die Steuerbelastung der Selbständigen von 1970 bis 1978 etwas schwächer gestiegen ist als die der Arbeitnehmer. Hinzu kommt, daß erheblich mehr Selbständige als Arbeitnehmer mit ihren Einkommen in den Bereich der höchsten Grenzsteuersätze der Einkommensbesteuerung hineingewachsen sind; die Steuerquote dieser Selbständigen kann sich im Zeitverlauf nur durch Tarifänderungen erhöhen.

Eine Sonderstellung in der Besteuerung ihrer Einkünfte nehmen die Haushalte von Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft ein. Aufgrund spezieller Vorschriften des Einkommensteuerrechts werden Landwirte erheblich begünstigt. Mehr als drei Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe werden einkommensteuerlich überhaupt nicht erfaßt, und für den größten Teil der steuerpflichtigen Landwirte wird der Gewinn nach Durchschnittssätzen ermittelt oder geschätzt; dabei ergibt sich eine beträchtliche Untererfassung dieser Gewinne. Letztlich bleiben über vier Fünftel des gesamten Einkommens aus landwirtschaftlicher Tätigkeit bei der Veranlagung unberücksichtigt. Die Einkommensteuer auf landwirtschaftliche Einkünfte beträgt nur ein Fünftel der Steuerschuld, die sich ohne die steuerlichen Begünstigungen von jährlich rund 2 Mrd. DM (Zahlung von 0,5 Mrd. DM statt 2,5 Mrd. DM) ergäbe¹⁴. 1978 waren die Haushaltseinkommen von

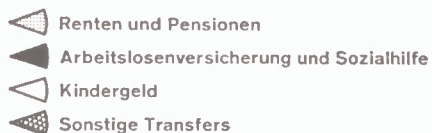
¹⁴ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Herausgeber): Gutachten zur Einkommensbesteuerung der Landwirtschaft. Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen. Heft 24/1978.

Einkommensumverteilung 1978 in sozialer Gruppierung

in Mrd. DM

Soziale Stellung des
Haushaltsvorstands

Empfangene Transfers



Geleistete Transfers



**Selbständige in
der Land- und
Forstwirtschaft**



1,7

4,3

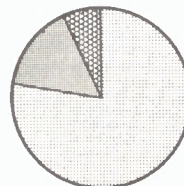


**Selbständige in
den sonst. Wirt-
schaftsbereichen**



4,1

59,2

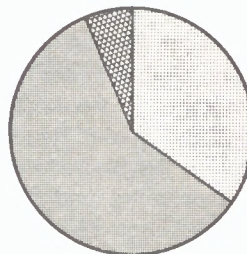


Angestellte



17,8

111,7



Beamte

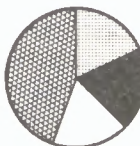


3,2

19,3

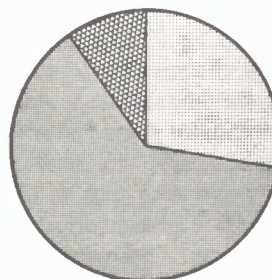


Arbeiter

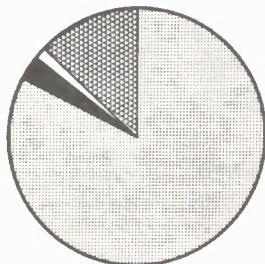


35,5

138,1



Rentner

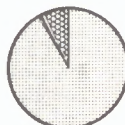


123,0

16,2



**Versorgungs-
empfänger des
öffentl. Dienstes**



27,2

4,2



Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft durchschnittlich mit knapp 3 vH direkten Steuern belastet – bei dem genannten hohen Anteil unbesteuerter Einkommen ist eine Durchschnittszahl hier nicht aussagekräftig.

Auf das Einkommen von Arbeitnehmer-Haushalten entfielen 1978 rund 14 vH an direkten Steuern; für Haushalte von Arbeitern lag diese Quote um einen vH-Punkt niedriger, für Haushalte von Beamten um 2 vH-Punkte darüber. 1970 hatten die direkten Steuern der Arbeitnehmer 11 vH ihrer Haushaltseinkommen betragen. Im Zuge der Einkommensexpansion sind seitdem ständig Haushalte in den Progressionsbereich der Besteuerung hineingewachsen, während der Anteil steuerfreier Haushalte abgenommen hat.

Vom Haushaltseinkommen der Rentner unterliegen faktisch nur Erwerbs- und Vermögenseinkommen der Besteuerung – entweder als Nebeneinkünfte des Haushaltsvorstands oder als Einkommen weiterer Haushaltsmitglieder. Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung bleiben in der Praxis steuerfrei, denn nur der sogenannte „Ertragsanteil“ einer Rente¹⁵ ist steuerpflichtig, und in der Regel ist dieser Ertragsanteil geringer als der Steuerfreibetrag. Ruhegehälter der Beamtenpensionäre und Versorgungsleistungen an ihre Hinterbliebenen sind dagegen unter Berücksichtigung von Freibeträgen lohnsteuerpflichtig.

Von den Sozialbeiträgen entfällt der weitaus größte Teil auf Arbeiter- und Angestellten-Haushalte. Arbeiter und Angestellte sind zumeist pflichtversichert in der Rentenversicherung, der Arbeitslosen- sowie Unfallversicherung, zum Teil auch in der Zusatzversicherung des öffentlichen Dienstes. Für Arbeiter besteht zudem Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung, für Angestellte dort nur bis zu einer Einkommenshöchstgrenze. In den meisten Zweigen der Sozialversicherung gibt es Beitragsbemessungsgrenzen; da das Einkommen von Angestellten häufiger diese Grenzen überschreitet als das von Arbeitern, fällt die Belastung der Haushalte mit Sozialbeiträgen unterschiedlich aus: Einschließlich der Arbeitgeberanteile summierten sich die Sozialbeiträge 1978 bei Arbeiter-Haushalten auf 28 vH, bei Angestellten-Haushalten auf 24 vH der Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Für Selbständige gibt es besondere gesetzliche Versicherungsformen: die Altershilfe der Landwirte, die Handwerkerversicherung und die Versicherungen der freien Berufe. Mit dem Rentenreformgesetz von 1972 wurde Selbständigen die gesetzliche Rentenversicherung geöffnet; sie können sich pflichtversichern oder freiwillige Beiträge entrichten. Für Landwirte besteht auch Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung. Insgesamt machten die

Sozialbeiträge im vergangenen Jahr bei Haushalten von Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft etwa 11 vH, bei Haushalten von Selbständigen in den übrigen Wirtschaftsbereichen knapp 5 vH der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus.

Die Altersversorgung der Beamten wird aus öffentlichen Mitteln finanziert. Auch von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung ist dieser Personenkreis befreit. Die Sozialbeiträge der Beamten-Haushalte stammen überwiegend von Familienmitgliedern, die neben dem Haushaltsvorstand zum gemeinsamen Einkommen beitragen und nicht im Beamtenverhältnis stehen. Das gleiche gilt für die Haushalte von Beamtenpensionären. Rentner und ihre Familienangehörigen sind gesetzlich krankenversichert; die Beiträge werden von den Rentenversicherungsträgern an die Krankenversicherung abgeführt. Auch in Rentner-Haushalten ergeben sich die Sozialbeiträge fast ausschließlich aus der Erwerbstätigkeit zusätzlicher Einkommensbezieher.

Insgesamt haben direkte Steuern und Sozialbeiträge (einschließlich der Arbeitgeberbeiträge) das Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte im Berichtsjahr um reichlich ein Drittel vermindert. Bei Haushalten von Angestellten und Arbeitern machten diese Abzüge zwei Fünftel der entsprechenden Brutto-Einkünfte aus.

Als verfügbares Einkommen erhielten die sozialen Gruppen 1978 insgesamt 778 Mrd. DM; je Haushalt und Monat gerechnet waren dies 2 795 DM oder 150 DM mehr (+5,7 vH) als 1977. Für die einzelnen Gruppen ergaben sich folgende Durchschnittswerte und Einkommenssteigerungen:

Soziale Stellung des Haushaltsvorstands	in DM je Haushalt und Monat	Zunahme gegenüber 1977 in DM	in vH
Selbständige in der Land- und Forstwirtschaft	4 430	305	7,4
Selbständige in den sonstigen Wirtschaftsbereichen	7 605	505	7,1
Angestellte	3 075	175	6,0
Beamte	3 065	170	5,8
Arbeiter	2 645	150	5,9
Rentner	1 650	70	4,4
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes	2 240	105	5,0

¹⁵ Im Einkommensteuerrecht wird unterstellt, daß der Gesamtbetrag einer laufenden Rente sich zusammensetzt aus der Rückzahlung eines zugrunde liegenden Kapitals (Stammrechtsanteil) und aus dem Ertrag dieses Stammrechts (Ertragsanteil). Wenn der Empfänger bei Beginn der Rentenzahlung 65 Jahre alt war, beträgt der Ertragsanteil 20 vH der Rente und bleibt damit meist unterhalb der Steuerfreigrenzen.

Haushaltseinkommen sozialer Gruppen¹⁾ 1970 und 1978 vor und nach der Umverteilung
in DM je Haushalt und Monat

Soziale Stellung des Haushaltsvorstands	Brutto- erwerbs- u. -vermögens- einkommen 4)	Transfers		Verfügbares Einkommen
		Empfangene Transfers 5)	Geleistete Transfers 6)	
<u>1970</u>				
Selbständige in der Land- und Forstwirtschaft	2 555	90	315	2 330
Selbständige in den sonstigen Wirtschaftsbereichen	4 890	85	1 350	3 625
Angestellte	2 375	120	800	1 695
Beamte ²⁾	2 185	80	465	1 800
Arbeiter	2 065	160	755	1 470
Rentner ³⁾	300	685	100	885
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes	225	1 210	185	1 250
Insgesamt	1 785	335	570	1 550
<u>1978</u>				
Selbständige in der Land- und Forstwirtschaft	4 910	310	790	4 430
Selbständige in den sonstigen Wirtschaftsbereichen	10 495	215	3 105	7 605
Angestellte	4 705	310	1 940	3 075
Beamte ²⁾	3 970	180	1 085	3 065
Arbeiter	4 005	470	1 830	2 645
Rentner ³⁾	475	1 355	180	1 650
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes	350	2 235	345	2 240
Insgesamt	3 300	765	1 270	2 795
1) Ohne Personen in Anstalten.- 2) Einschließlich Richter, ohne Versorgungsempfänger.- 3) Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen leben.- 4) Ohne unterstellte Sozialbeiträge und ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.- 5) Ohne Realtransfers.- 6) Ohne indirekte Steuern. Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.				

Ein Vergleich der Durchschnittseinkommen läßt erkennen, daß zwischen einzelnen sozialen Gruppen erhebliche Einkommensunterschiede bestehen:

- Das durchschnittliche Haushaltseinkommen von Landwirten lag 1978 um rund 40 vH unter dem von Selbständigen in den übrigen Wirtschaftsbereichen, jedoch um mehr als 50 vH über dem von Arbeitnehmern.
- Selbständige außerhalb der Land- und Forstwirtschaft hatten ein Haushaltseinkommen, das im Durchschnitt zweieinhalbmal so hoch war wie das von Arbeitnehmern; der Einkommensvorsprung der Selbständigen betrug rund 4 750 DM pro Monat.
- Rentner-Haushalte hatten durchschnittlich zwei Fünftel weniger an Einkommen zur Verfügung als Angestellten- und Arbeiter-Haushalte¹⁶ sowie ein

Viertel weniger als Haushalte von Beamtenpensionären.

An dieser Stelle ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß Durchschnittswerte die Einkommenslage sozialer Gruppen nur unvollkommen beschreiben können. Einmal stellt das arithmetische Mittel die Einkommenssituation stets günstiger dar, als sie tatsächlich ist¹⁷. Zum anderen gibt es innerhalb der sozialen Gruppen eine beträchtliche Streuung der Haushalte nach der Einkommenshöhe, wobei diese Streuung in den einzelnen Gruppen unterschiedlich ausfällt.

¹⁶ In diesem Zusammenhang ist allerdings zu berücksichtigen, daß in Rentner-Haushalten knapp 2, in Arbeitnehmer-Haushalten dagegen 3 Personen zusammen lebten.

¹⁷ Dies liegt an der typischen linkssteilen Form der zugrundeliegenden Häufigkeitsverteilung.

Schlußbemerkung

Die Angabe von Globalgrößen und Durchschnittswerten reicht nicht aus, um die materielle Wohlstandssituation einzelner Bevölkerungsschichten zu beschreiben. Die Auswirkungen des differenzierten Transfersystems lassen sich erst bei einer Gliederung der Haushalte nach der Einkommenshöhe und nach weiteren sozio-ökonomischen Kriterien genauer kennzeichnen. Hinzu kommt, daß als geleistete Transfers hier nur die direkten Steuern und die Sozialbeiträge einbezogen wurden. Bewußt ist darauf verzichtet worden, globale Transfersalden auszuweisen, weil emp-

fangene und geleistete Transfers an verschiedenartige soziale Tatbestände gebunden sind und deshalb je nach Lebenslage unterschiedliche Transfersalden zustande kommen.

In weiteren Berichten sollen die von privaten Haushalten empfangenen und geleisteten Transferströme nach Einkommensklassen sowie eine Einkommenschichtung sozialer Gruppen für das Jahr 1978 vor und nach der Umverteilung dargestellt werden. In späteren Untersuchungen sollen auch die indirekten Steuern berücksichtigt werden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Das Einkommen sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1978 bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau und Gerhard Göseke.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.

— Hierzu zwei Prospekte des Verlages Duncker & Humblot —